

Dresdner Nachrichten

Gegründet 1856

Dreieinhalb: Nachrichten Dresden.
Jahresprecher-Sammelnummer: 25 241.
Nur für Nachgelehrte: 20 011.

Bezugs-Gebühr vom 1. bis 15. August 1923 bei Mietz, zweimaliger Zustellung im Monat 1,50 Mark.
Dollargespreis für Monat Juli 5 Mark. Einzelnummer 10 Pfennig.
Die Abgängen werden nach Goldmark berechnet; bis einschließlich 30 mm breite Seite 50 Pf., über 30 Pf. bis ausweichend 30 Pf., Sammlungen und Bildergeschäfte über Rabatt 10 Pf., außerhalb 20 Pf., bis 90 mm breite Rücksendung 100 Pf., außerhalb 200 Pf., Übertragungsgebühr 10 Pf. Zusatz. Rüttelgefege gegen Verluste bezahlt.

Abbildung und Ausdrucksberechtigung:
Marienstraße 36/40.
Druck u. Verlag von Leipzig & Reichardt in Dresden.
Postleitzahl - Kontor 1068 Dresden.

Nachdruck nur mit deutlicher Quellenangabe ("Dresdner Nachrichten") zulässig. Unterlängige Schriftstücke werden nicht übernommen.

Feurich
Ersten
Ranges
Flügel

JULIUS FEURICH
Pianohandlung G. m. b. H.
Verkaufsstelle: Prager Straße 9 (Eingang Musikhaus Bock)

Feurich
Ersten
Ranges
Pianos

Das Ringen um den Finanzausgleich.

Abbruch der Handelsvertragsverhandlungen in Madrid. — Die Klippe der Meissbegünstigung. Die Abgesandten Abd el Krim von Primo de Rivera empfanden. — Das Zentrum verlagt den Fall Guerard auf den Herbst.

Der Kompromitvorschlag der Regierungsparlamente in zweiter Lesung angenommen.

Berlin, 5. Aug. Im weiteren Verlaufe seiner Rede führte Finanzminister Dr. Reinhold noch aus: Eine andere Folge würde die sein, daß die bisherige liberale Praxis der Steuerfindung aufhören müßte. Dazu kommt noch, daß die gesamte Steuerlast für Reich, Länder und Gemeinden ganz wesentlich ermäßigt werden muss, wenn sie ertragen werden soll. Wir sind aber der Überzeugung, daß es wirtschaftlich die aller schlechteste Stelle ist, gegenwärtig bei Ländern und Gemeinden die Steuern zu erhöhen. Da muß man eben doch erst einmal an die Reserven herangehen, die namentlich noch in der Brautwirtschaftslaufzettelung vorhanden sind. Wenn immer die Länder aufgefordert werden, zu sparen, so möchte ich betonen, daß ich dem Reichstag ausdrücklich angeboten habe, den länderlichen Etat zu prüfen und auch die Etats der Gemeinden einer Durchsicht zu unterziehen. Weiter hat der Reichstag ausdrücklich von diesem Angebot keinen Gebrauch gemacht. Es ist Tatsache, daß in einzelnen Gemeinden große Überschüsse vorhanden sind, was auf den ganz ungerechten Steuerverteilungsmodus von 1922 zurückzuführen ist. Die Mehrheit der Deputierten ist aber, daß andere Gemeinden in Sachsen, vor allem die ländlichen Industrie- und Arbeitsschäden, schon jetzt in einer solchen Finanznot sind, daß sie ihren Etat überhaupt nicht mehr balancieren können.

Ich habe persönlich im Interesse der Wirtschaft bedauert, daß im Jahre 1924 zwei bis drei Millionen Steuern zu viel erhoben worden sind. Ich hoffe dem Reichsfinanzminister zu, wenn er sagt, daß aus diesen Überschüssen der Haushalt für 1925 nicht aufgebaut werden kann. Wir in den Ländern sind aber gezwungen, es zu tun, wenn wir nicht zu neuen, wirtschaftlich gar nicht erträglichen Steuererhöhungen schreiten wollen. Für 1925 sieht aber die Sache noch ganz anders aus: Auch bei allergrößter Sparfamilie werden die Länder, um ihren Etat dann balancieren zu können, nicht darauf vorbereiten, die Realsteuern in einer Weise zu erhöhen, die eine neue Preisbildung hervorruft. Die Regierungsparteien sollten sich die wirtschaftlichen Folgen dieses Fragenkomplexes für die Länder und Gemeinden genau überlegen.

Abg. Junke (Soz.) erklärte, nicht nur Finanzfragen, sondern auch politische Fragen kämen bei dieser Vorlage zur Ausführung.

Nach den Ausführungen des Abg. Junke beantragten bei nahezu vollständig leerem Sitzungssaal die Sozialdemokraten unvermutet Vertragung und schlugen vor, die weitere Sitzung doch im Tiergarten abzuhalten, da dort sicher Abgeordnete zu finden wären. Bei der Abstimmung über den Vertragungsantrag gab jedoch das Reichstagrestaurant genehmigend Abgeordnete bei, so daß der sozialdemokratische Antrag abgelehnt wurde.

Abg. Nolzenberg (Komm.) erklärte sich für neutral in dem sozialistischen Kampf zwischen Reich und Ländern um ein paar hundert Millionen. Die Klimahinterstelz müsse verschwinden.

Abg. Koch (Dem.) erklärte, es sei bezeichnend, daß die Reichsregierung auf die Bedenken der Vertreter von drei Ländern mit keinem Wort eingegangen sei. Er hebt dann hervor, daß sich die Rechte legt auf den Boden der Erzbergerischen Steuerreform gestellt habe. Die Frage sei nun die, wie diese Reform gehandhabt werde. In der von der Reichsregierung beliebten Weise lasse sich kein großes Volk auf die Dauer regieren.

Abg. v. Graefe (Volk.) tritt für einen gesunden Föderalismus ein und bedauert, daß die Deutschnationalen den Kampf gegen den Steuercentralismus aufgegeben haben.

Damit schließt die allgemeine Aussprache. In der Einzelbesprechung hebt Abg. Pipinsch (Soz.) hervor, daß die Einheit des Reiches durch diesen Finanzausgleich nicht gestärkt werde. Er fordert, daß ein endgültiger Finanzausgleich durch besondere Reichsdebatte geschaffen werde, das erst am 1. April 1927 in Kraft treten solle.

Bei der Haushaltsteuer behauptet Abg. Silberschmidt (Soz.), daß einzelne Haushalte aus dieser Steuer ungerechtfertigte Gewinne von 2000 bis 8000 Mk. jährlich, ja in einem Falle bis zu 9000 Mk. geogen hätten. Es handle sich hier um eine brutale, unsoziale Steuerlast, die vorwiegend die Arbeiter trifft.

Abg. Dr. Kühl (Dem.) ist der Meinung, die Bestimmungen über die Miete und die Haushaltsteuer hätten in einem besonderen Gesetz organisch und systematisch geregelt werden sollen. Die Haushaltsteuer sollte als Notsteuer auf eine bestimmte Zeit begrenzt sein. Zum ausreichenden Häuserbau müßten aber auch öffentliche Mittel zur Verfügung gestellt werden.

Abg. Dr. Schneider (Dem.) hält die Verwendung von mindestens 20 Prozent der Meissbegünstigung für Förderung der Baufähigkeit für erforderlich. Es sei aber keine Mietserhöhung ohne Lohn- und Gehaltserhöhung denkbar.

Abg. Kremmel (Centr.) bezeichnet die Haushaltsteuer als unsozial, weil sie gerade die armen und kinderreichen Familien am härtesten treffe. Die Miete soll am 1. April 1928 100 Proz. auf darauf verloffen können, daß sie auch von kleinen (B. L. B.)

der Friedensmiete erreichen, aber nicht darüber hinausgehen. Kindereinfamilien müßten besonders geschont werden. —

Bei der Abstimmung wird zum eigentlichen Finanzausgleich der Antrag der Regierungsparteien angenommen, der den Ländern aus dem Aufkommen der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer insgesamt 2100 Millionen Mark garantiert.

Zur Haushaltsteuer wird der Antrag Kremmel (Centr.) angenommen, die übrigen 47 Abänderungsanträge werden abgelehnt, zum Teil in namentlicher Abstimmung. — Die Vorlage wird in der Ausschaffung angenommen.

Um 11 Uhr verlädt sich das Haus auf Donnerstag 3 Uhr nachmittags. Auf der Tagesordnung steht die Interpellation wegen der aus Polen ausgewiesenen deutschen Opfer.

Das ungewisse Schicksal des Finanzausgleichs.

Berlin, 5. Aug. In parlamentarischen Kreisen verlautete heute, daß man trotz aller Widerstände das Kompromiß in zweiter Lesung wohl durchbringen werde. Das scheint aber nicht aus, daß zwischen der zweiten und dritten Lesung zwischen der Reichsregierung und den Vertretern der Länder neue Verhandlungen oder ein neues Kompromiß stattfinden. Diese Verhandlungen müßten sich nach den Wünschen der Länder in erster Linie darauf beziehen, daß der Anteil der Länder an der Einkommen-, Körperschafts- und Umsatzsteuer nach oben hin nicht auf eine bestimmte Summe begrenzt bleibt, dagegen nach unten höher, als bis jetzt beschäftigt ist, garantiert wird. Die Differenzen zwischen den Wählern der Länder und dem Angebot des Reichs belaufen sich abgesehen von der Garantieleiste, tatsächlich nur noch auf fünf Prozent der Umsatzsteuer vom 1. April 1926 bis zum 1. April 1927.

Die Schwierigkeit, über diese Differenz sich zu einigen, ist darin gegeben, daß nach Aussicht der Länder der jetzt in zweiter Lesung beschlossene Umsatzsteuersatz von 125 Prozent in der dritten Lesung nicht beibehalten bleibt, sondern auf 1 Prozent erhöht wird. Würde die Reichsregierung diese Konzeption noch machen, so würde eine Garantie summe für die Umsatzsteuer die Reichsregierung noch stärker belasten. Andernfalls würden die Länder bei Aufhebung der Garantie wahrscheinlich geringere Einnahmen erwarten. Die Reichsregierung scheint in ihrer Mehrheit auf weiteren Verhandlungen bereit zu sein.

Die Gewerkschaften gegen die Zollvorlage.

Berlin, 5. Aug. Die freigewerkschaftlichen und die Christlich-Dörflichen Spartenverbände, Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund, Allgemeiner Freier Angestelltenbund und Allgemeiner Deutscher Beamtenbund, haben an die Reichsregierung eine Gage gerichtet, in der es u. a. heißt:

Durch die Einführung von Zöllen auf Lebens- und Nutzmittel würde eine unerträgliche Belastung der Lebenshaltungskosten eintreten. Schwere Völkämpfe und eine unweilige Verschärfung des Wirtschaftslebens müßten die unabweisbare Folge einer Durchführung der Zollvorlage sein. Die Gewerkschaften sind der Ansicht, daß alles versucht werden muß, um noch in letzter Stunde den zu erwartenden Erschütterungen des Wirtschaftslebens vorzubereiten. (B. L. B.)

Der Fall Guerard auf den Herbst verlegt.

Berlin, 5. Aug. Wie die "Voss. Zeit." aus Zentrum berichtet, hat sich die Leitung des Zentrumsfraktion in der Frage der Beziehung des Reichsministeriums für die besetzten Gebiete durch den Abgeordneten v. Guerard dahin ausgesprochen, daß der Eintritt eines weiteren Zentrumsvertreters in das Reichskabinett inopportunit wäre. Die Angelegenheit sei damit zunächst auf den Spätherbst verlegt. (B. L. B.)

Die deutsche Demokratie und Hindenburgs Präsidenschaft.

London, 5. August. Der Sonderberichterstatter der "Daily Mail" schreibt aus Cambridge: Die glänzendste Rede, die jemals auf einer der liberalen Sommerfestsäle gehalten sei, hat gestern Professor Bonn gehalten, als er über die Geschichte der deutschen Demokratie gesprochen hat. Bonn hat u. a. gesagt: Der Liberalismus sei ein natürlicher Protest gegen die geistige, militärische und wirtschaftliche Unterdrückung. Er trat mit vollem Ernst für ein Zusammenwirken der Liberalen aller Länder ein.

Professor Bonn hat auch der Amtstätigkeit des Reichspräsidenten v. Hindenburg hohe Anerkennung gesollt und betont, daß viele Wähler für Hindenburg gestimmt hätten, die sonst ihre Stimme nicht abgegeben hätten; denn sie hätten ihn als einen Mann mit reichen Händen angesehen, bei dem man sich mit aller Sicherheit wenden könne, daß sie auch von ihm.

Die Entwicklung der Gemeindeausgaben.

Von Syndikus Karl Tögel, Cossmannsdorf.

Der Meinungstreit, wer zuerst mit Sparen anfangen müsse, hat auch vor einer Kritik der gemeindlichen Ausgabenwirtschaft nicht Halt gemacht. Darüber, daß gespart werden müsse, sind sich alle klar, nur keiner will bei sich selbst anfangen. Mit besonderer Energie wird seitens der Gemeinden verlangt, daß der Strom der Zuwendungen seitens des Reiches steuernweise abgeschwächt werden dürfe, bzw. daß dann den Gemeinden das selbständige Budgetrecht gewährt werden müsse. Ich bin ein Gegner des Budgetrechtes, daß ich allerdings an sich als das wichtigste und wertvollste Mittel einer gemeindlichen Selbstverwaltung erachte, deswegen, weil ich auf Grund vielseitiger Erfahrung der Überzeugung bin, daß heute noch nicht der Geist in unseren Gemeinden eingesogen ist, der die diese Verantwortung unter allen Umständen in der Richtung hin bringt, daß er den größten Ruhm in einer Verminderung der Ausgaben und in größtmöglicher Sparsamkeit erblickt. Ich glaube vielmehr, daß die Erinnerung an die großen Sparen noch weiterhin tätig sein wird und die Selbständigkeit eine Gefährdung des Wirtschaftslebens bringen kann. Wir haben eben noch nicht alle Nachwirkungen der Inflation überwunden. Besonders ist ja auch, daß von den Vertretern der Gemeinden und Städte im östlichen Landesteile alle, ohne Ausnahme, noch mehr Mitteln verlangt haben, sein einziger aber von Sparsamkeit gerecht hat. Und das ist ein Weg, der nicht weiter beschritten werden kann. Die nachfolgenden Beispiele mögen zeigen, wie weit wir bereits geschritten sind.

Die Ausgabenetatis der Gemeinden sind in einer Weise gestiegen, daß rein zahlenmäßig, ohne jeden politischen Beifall geschah, so nicht weitergewechselt werden kann. Warum? Einfach aus dem Grunde, weil wir die Mittel dazu nicht haben. Eine Kritik der Ausgaben auf ihren Wert oder Unwert sei hier abschließend nicht geübt; denn darauf kommt es in diesem Zusammenhang nicht an. Ich verweise auf meine Arbeit über die Ausgaben für die gemeindliche Verwaltung.

Gewiß kann wegen der Verschiebung der Aufgaben für die Gemeinden nicht ohne weiteres aus einem Vergleich mit 1918 gefolgt werden, wie weit die Ausgabenetatis überspannt sind, daß die Mittel für weitere Einnahmevergrößerungen und für Deckung neuer Defizite einfach nicht mehr aus dem Volke herausgeholt werden können, ist klar und aus einem Vergleich mit 1918 ohne weiteres ersichtlich. Es ist von Seiten der Gemeinden darauf aufmerksam gemacht worden, daß man sich mit beratigen Vorwürfen an das Reich und an die Länder wenden möge; denn seit der Steuerreform Erzbergers seien die Gemeinden an der Erhebung der Steuern gänzlich unbeeinträchtigt, und so falle der Vorwurf der Reichsfinanzerhaltung zu, die so starken Einnahmemstrom in die Gemeinden habe fließen lassen.

Das ist richtig, aber dann hätte von Seiten der Gemeinden darauf hingewiesen werden sollen, daß die übermäßige Erhebung von Steuern im Jahre 1924 die Wirtschaft gefährdet. Das ist nicht geschehen, vielmehr geht die ganze Polemik darauf hinaus, die selben Einnahmen nicht nur zu erhalten, sondern sogar noch zu steigern. Und dagegen muß man sich mit aller Stärke wenden. Ich werde weiter unten nachweisen, daß man bereits unbekümmert in eine neue Defizitswirtschaft hineinschlittert.

Weiter wird seitens der Gemeinden darauf aufmerksam gemacht, daß die Vertreter der Wirtschaft befürworten Beispiele herauszutragen, um zu verallgemeinern und ein Bild zu zeichnen, das den Tatsachen nicht entspricht. Demgegenüber stelle ich fest, daß meine Beispiele aus einem umfangreichen Material genommen sind und durchaus den Typus darstellen, und daß mit eigentlich nur eine Gemeinde bekannt geworden ist, die eine Ausnahme bildet.

Der Steigerungsgrad der haushaltplanmäßigen Ausgaben sei aus folgenden Beispielen ersichtlich:

Gemeinde A	Haushaltsumgaben:	
	1913:	1914:
1913:	15 722	460 210,-
1924:	17 224	501 906,-
1925:	17 400	1 328 612,-
Gemeinde B	Haushaltsumgaben:	
	1913:	1914:
1913:	2 020	84 284,98
1924:	2 500	279 102,08
1925:	2 801	358 311,-
Gemeinde C (Großere Industriegemeinde)	Haushaltsumgaben:	
	1913:	13 382,-
1924:	706 708,-	"
1925:	16 192,30	"
Gemeinde D	Haushaltsumgaben:	
	1913:	1924:
1913:	818	41 337,-
1924:	1 088	"
1925:	1 113	48 730,-
Gemeinde E	Haushaltsumgaben:	
	1913:	1914:
1913:	1 000	10 000,-
1924:	1 400	31 000,-
1925:	2 223	7 000,-
Gemeinde F	Haushaltsumgaben:	
	1913:	1914:
1913:	728	12 597,90
1924:	778	15 500,-
1925:	78	245,-
Gemeinde G	Haushaltsumgaben:	
	1913:	1924:
1913:	66	2 400,-
1924:	2 576	30 400,-
1925:	3 710	100 594,-
Gemeinde H	Haushaltsumgaben:	
	1913:	1914:
1913:	11 500	119 584,20
1924:	4 125	12 500,-
1925:	12 500	729 521,-
Gemeinde I	Haushaltsumgaben:	
	1913:	1924:
1913:	12 000	824 756,-
1924:	12 000	1 278 000,-
1925:	12 500	"